



## Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel im DBV-Präsidium

Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel im DBV-Präsidium  
Ausführliche Diskussion über EEG, Netzausbau, Mindestlohn und Handelspolitik  
Der Bundeswirtschaftsminister, Vizekanzler und SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel war im Präsidium des Deutschen Bauernverbandes (DBV) zu Gast. DBV-Präsident Joachim Rukwied begrüßte ihn mit dem Hinweis auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Agrar- und Ernährungswirtschaft und warb für die Anliegen des Berufsstandes beim EEG, beim Netzausbau, beim Mindestlohn und in der Handelspolitik. "Mit den 4, 5 Millionen Arbeitsplätzen im Agribusiness, mit jährlichen Investitionen im zweistelligen Milliardenbereich allein in der Landwirtschaft, ist die Agrarbranche das Rückgrat der ländlichen Räume in Deutschland", so Rukwied. Minister Gabriel nahm diese Einschätzung positiv auf und bescheinigte der deutschen Landwirtschaft "eine der produktivsten, wenn nicht die produktivste in Europa" zu sein. Als Wirtschaftszweig, der auch die Kulturlandschaft Deutschlands entscheidend präge, habe die Landwirtschaft heute nicht nur eine rein ökonomische Bedeutung.  
Im Zentrum des in sehr offener, konstruktiver Atmosphäre geführten Gesprächs mit den Landesbauernpräsidenten im DBV-Präsidium standen die Energiewende mit der Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG), der Netzausbau, die Verhandlungen für ein Handelsabkommen zwischen der EU und den USA, die EU-Agrarpolitik und die Wettbewerbschancen der Land- und Agrarwirtschaft am Standort Deutschland. Wenig Bewegungsspielraum sah Gabriel bei der EEG-Reform, zeigte aber Verständnis für die Forderung nach Vertrauensschutz für getätigte Investitionen. Im Hinblick auf den Mindestlohn schloss der Minister nicht ganz aus, dass es im parlamentarischen Verfahren noch Bewegung bei den Besonderheiten saisonaler Beschäftigung geben könne. Er wies aber darauf hin, dass dem europarechtlich verankerten Diskriminierungsverbot Rechnung getragen werden müsse. Gegenüber der Forderung des Bauernverbandes, die Entschädigungen für Grundeigentümer beim Netzausbau durch wiederkehrende Zahlungen zu gestalten, zeigte sich Gabriel skeptisch. Er nehme die Anliegen des Bauernverbandes jedoch ernst und strebe eine einvernehmliche Lösung für die Problematik der Entschädigungssätze für Leitungstrassen an. Im Hinblick auf die Handelsgespräche mit den USA kündigte Gabriel die Gründung eines Beirates an, indem auch der Bauernverband vertreten sein soll. Gabriel trat Befürchtungen entgegen, mit dem Handelsabkommen würde das Niveau der europäischen Standards im Verbraucher- und Umweltschutz abgesenkt.  
Autor: Deutscher Bauernverband  
Rückfragen an: DBV-Pressestelle  
Adresse: Claire-Waldoff-Straße 7  
10117 Berlin  
Telefon: 030 31904-239  
Fax: 030 31904-431  
Copyright: DBV  
img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\_pinr\_=565090" width="1" height="1">

## Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

## Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.